

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

erschint Sonntag.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal erst. Beleggeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate

pro dreispaltige Zeile 60 Pf.; für Verbandstätige 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Verammlungsanzeigen z. 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 25.

Berlin, den 17. Juni 1917.

33. Jahrgang.

Die Erwerbsarbeit der Kriegserntnerinnen.

Mit der längeren Dauer des Krieges nimmt die Zahl der bedauernswerten Frauen zu, die ihren Mann verloren und dadurch seelische und wirtschaftliche Verluste traurigster Art erlitten haben. Für die seelischen Schmerzen, die ihnen der Tod ihres Gatten verursacht, kann ihnen natürlich kein Mensch eine Entschädigung leisten, aber für die Beseitigung der wirtschaftlichen Schäden muß Staat und Gesellschaft aufkommen. Neben den Kriegervitwen wird es nach dem Kriege auch noch zahlreiche Frauen geben, deren Männer zwar mit dem Leben davongekommen sind, aber ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder größtenteils eingebüßt haben, so daß sie ihre Familien nicht mehr ernähren können. Auch hier muß der Staat durch Zahlung einer Rente einen Ausgleich zu schaffen suchen, und es muß gewünscht werden, daß er sich in dieser Hinsicht nicht so hinerig benimmt, wie es früher stets der Fall war, wenn es sich um Angehörige der Unterschichten handelte.

Bei den ungeheuren Anforderungen, die nach dem Kriege an den Steuerfädel gestellt werden, wird der Staat genötigt sein, an allen Ecken und Enden — und darum auch an den Kriegserntnerinnen — zu sparen und darum werden nur die allerwenigsten Kriegserntnerinnen in der Lage sein, mit der ihnen zustehenden Unterstützung sich und ihre Kinder zu ernähren. Infolgedessen werden sich die allermeisten dieser Frauen gezwungen sehen, irgendeine Erwerbsarbeit zu ergreifen, um dadurch das Einkommen zu erhöhen. Schon heute können wir beobachten, daß die Erwerbsarbeit der Kriegserntnerinnen einen bedeutenden Umfang angenommen hat. Auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sind diese Frauen tätig und in allen möglichen Berufszweigen machen sie sich nützlich. Das ist natürlich ein großer Vorteil für unsere Volkswirtschaft, die alle Arbeitskräfte gebraucht, und auch für die Frauen ist es ein Segen, weil ihre Gedanken hierdurch von den trüben Bildern abgelenkt werden. Es gibt ja nichts anderes, was den Menschen das seelische Leid so vergessen macht, wie geistige und körperliche Arbeit. Schon vor diesem Gesichtspunkte aus handeln jene Frauen verhebt, die sich in ihr Leid vergraben und mit ihrer schmalen Rente durchhungern, anstatt durch das Ergreifen einer Erwerbsarbeit ihre Lebenslage zu verbessern. Wir müssen also mit der Erwerbsarbeit der Kriegserntnerinnen als einer dauernden Einrichtung auch nach dem Kriege rechnen.

In einer Zeit, wie der heutigen, in der es an Arbeitskräften mangelt, finden diese Frauen, die außer dem Ertrag ihrer Arbeit noch eine andere Einnahme haben, verhältnismäßig leicht Beschäftigung, weshalb jede Veranlassung zu einer Unterbrechung und zu einer Arbeit zu niedrigeren Löhnen wegfällt. Deshalb merken wir gegenwärtig auch nichts von einer Schmutzkonzurrenz, aber nach dem Kriege wird sich das Bild unseres Wirtschaftslebens wesentlich verändern. Es werden zahlreiche männliche Arbeitskräfte wieder in ihre Arbeitsstellen zurückströmen, die inzwischen durch weibliche Arbeitskräfte besetzt sind, und als unausbleibliche Folge davon wird ein heftiger Konkurrenzkampf entbrennen zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen. In diesem Kampfe um den Arbeitsplatz werden sich die aus dem Kriege zurück-

kehrenden Arbeiter zunächst im Nachteil befinden, weil es die Unternehmer vielfach vorziehen werden, die billigen und willigen weiblichen Arbeitskräfte, die sich inzwischen eingearbeitet haben, weiter zu beschäftigen. Allerdings ist unseren Brüdern im Waffenrock das Versprechen mit ins Feld gegeben worden, daß ihnen die Arbeitsplätze offengehalten werden sollten, aber man weiß, wie leicht solche Versprechungen vergessen werden. Man wird also mit der Tatsache zu rechnen haben, daß die Erziehung der männlichen Erwerbsarbeit durch weibliche in der künftigen Friedenszeit einen noch größeren Umfang annehmen wird als bisher.

Hier tritt nun die Gefahr auf, daß gerade die Kriegserntnerinnen infolge ihres Nebeneinkommens der Neigung unterliegen werden, als Lohnrückerinnen zu wirken, indem sie sich billiger anbieten und billiger arbeiten als ihre Kollegen und Kolleginnen, die keinerlei Nebeneinkommen haben und lediglich auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesen sind. Man braucht dieses Unterbieten nicht einmal als den Ausschlag eines schlechten Charakters zu bezeichnen und von einer bewußten Schädigungsabsicht zu sprechen, es ist vielfach Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und weibliche Kurzsichtigkeit, die sie dazu verleitet. Könnte man doch schon vor dem Kriege deutlich eine Lohnrückerin solcher Frauen und Mädchen aus den sogenannten besseren Ständen wahrnehmen, die eine Einnahme hatten, aber trotzdem gewerbliche Arbeiten für billiges Geld verrichteten, um sich eine kleine Nebeneinnahme zu verschaffen. Sie beachteten dabei nicht und ahnten wohl kaum, daß sie dadurch ihren ärmeren Geschlechtsgenossinnen das Brot vor dem Munde wegnehmen und ihnen eine fühlbare Schmutzkonzurrenz machten. Es steht zu befürchten, daß sich dies nach Beendigung des Krieges wiederholen wird.

Besonders die Heimarbeit wird an einer Ueberfüllung mit weiblichen Arbeitskräften zu leiden haben und in ihr wird die Lohnrückerin der Kriegserntnerinnen sich am schlimmsten bemerkbar machen. Das ist um so verhängnisvoller, als ohnehin schon die ganz erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit geradezu zum Himmel schreien. Da wird es denn notwendiger sein, der Lohnrückerin in der Heimarbeit einen Niegel vorzuschieben. Zu dem Zwecke ist der Vorschlag gemacht worden, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise oder gemeinnützigen Organisationen, die Frauen für die Heimarbeit vermitteln, jeden einzelnen Fall genau prüfen und nur dann weibliche Arbeitskräfte überweisen sollen, wenn die Heimarbeit als die einzige Form der Erwerbsarbeit in Frage kommt und wenn ein Minimallohnsatz gezahlt wird, der den Verhältnissen entspricht. Hat die Kriegserntnerin keine kleinen Kinder oder können ihre Angehörigen die vorhandenen kleinen Kinder versorgen oder besteht die Gefahr, daß die Uebernahme von Heimarbeit den Haushalt gesundheitlich oder sittlich gefährdet, so ist die Zuweisung von Heimarbeit unter Hinweis auf geeignete außerhäusliche Beschäftigung zu verweigern. Natürlich ist hierbei die Voraussetzung, daß die Entscheidung über solche schwerwiegenden Fragen in die Hände von durchaus sachverständigen Personen gelegt und daß jedes dilettantische Herumarbeiten auf diesem schwierigen Gebiete vermieden wird.

Neben den Berufen, in denen die Heimarbeit vorherrscht, haben auch alle anderen Erwerbszweige, in denen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, Veranlassung, sich mit dieser wichtigen Zukunftsfrage zu beschäftigen. Die Gefahr, daß die Kriegserntnerinnen als Lohnrückerinnen auftreten, ist wesentlich größer als die Möglichkeit, daß die kriegsbeschädigten männlichen Rentenernehmer daselbst tun, weil erstere viel weniger volkswirtschaftliche Einsicht und soziales Empfinden haben als letztere und weil sie auch viel schwerer zu organisieren sind. Und doch bleibt den deutschen Gewerkschaften nichts anderes übrig, als daß sie die erwerbstätigen Kriegserntnerinnen in die Organisationen hineinbringen und sie dort zu Kameraden mit kollegialer Gesinnung und solidarischem Willen ziehen. Diese Aufgabe ist sicherlich nicht leicht, aber sie muß tatkräftig in Angriff genommen werden. Dann wird ihr auch der Erfolg nicht fehlen.

S. 2.

Gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrag.

(Vorsprechung und Schluß.)

V. Hygiene.

a) Die vertragsschließenden Regierungen verpflichten sich, die Entwicklung der Geseggebung ihrer Länder zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter zu fördern. Insbesondere soll eine Vereinheitlichung der hygienischen Vorschriften für die einzelnen Industrien erstrebt und ein abdauerndes gemeinsames Arbeiten gegen die industriellen Gifte und für das Verbot besonders gesundheitsgefährdender Produktionsmethoden herbeigeführt werden.

(Unter b) und c) werden nähere Ausführungen über die Anwendung des unter a) Verlangten gemacht, die wir hier fortlassen lassen können.)

VI. Heimindustrie.

- a) Alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimindustrie anzuwenden.
- b) Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen.
- c) Die Heimarbeit ist zu verbieten:
1. für alle Arbeiten, bei denen schwere Gesundheitschädigungen oder Vergiftungen vorzukommen können;
 2. für die Lebens- und Genußmittelindustrie.
- d) Die obligatorische Anzeige aller ansteckenden Krankheiten ist für die Heimindustrie anzuordnen.
- e) Die ärztliche Inspektion der in der Heimindustrie tätigen Minderjährigen ist analog der Schulinspektion in allen Ländern durchzuführen.
- f) Die obligatorische Listenführung und Listenkontrolle sind für sämtliche Arbeiter und Zwischenmeister in der Heimindustrie, ebenso die Führung von Lohnbüchern für alle Arbeiter zu vereinbaren.
- g) In allen Heimindustriebezirken sind paritätisch zusammengesetzte Lohnämter zu errichten mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze festzusetzen. Die Lohnlisten sind in den Arbeitsräumen auszuhängen.

VII. Kinderschutz.

- a) Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
- b) Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen täglich höchstens 8 Stunden beschäftigt

werden, mit einer 1½stündigen Ruhepause nach höchstens vierstündiger ununterbrochener Arbeitszeit. Fach- und Fortbildungsschulunterricht ist für männliche und weibliche Jugendlichen einzurichten und in die Stunden von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu legen. Den Jugendlichen muß die Zeit zum Besuch des Unterrichts freigegeben werden.

- c) Die Beschäftigung von Jugendlichen ist zu verbieten:
 - in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens;
 - an Sonn- und Feiertagen;
 - in besonders gesundheitschädlichen Betrieben (IVe);
 - in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage.

VIII. Arbeiterinnen-schutz.

- a) Die Arbeitszeit ist für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in der Groß- und Kleinindustrie, dem Gewerbe, Handel, Transport- und Verkehrsweisen, sowie in der Heimindustrie auf 8 Stunden täglich und 44 Stunden wöchentlich zu beschränken. Die Arbeitszeit muß Samstagmittag um 12 Uhr endigen, so daß den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden bis Montag morgen gesichert wird. Die Beschäftigung von Frauen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist zu verbieten.
- b) Den Unternehmern ist zu verbieten, den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben.
- c) Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitschädlichen Betrieben (IVc) und in Bergwerken „unter und über Tage“ ist generell zu verbieten.
- d) Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Frauen im ganzen während 10 Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens 6 Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden. Die Einführung der Mutterschutzversicherung mit einer Rinderentschädigung in der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes ist allen Staaten zur Pflicht zu machen.

IX. Durchführung des Arbeiterschutzes.

Wir fassen hier gekürzt zusammen, was die bezüglich in den Forderungen verlangt wird:

- a) In allen Ländern ist eine wirksame Gewerbeaufsicht für Groß- und Kleinindustrie, Bergwerke, Gewerbe, Heimindustrie, Handel und Verkehr sowie für die Landwirtschaft, wenn in dieser maschineller Betrieb stattfindet, einzuführen und auszubauen.
- b) Die Beamten der Gewerbeaufsicht sind aus sachverständigen Kreisen, auch aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten zu entnehmen. Ihre Zahl muß je ausreichend sein, daß jeder Betrieb halbjährlich mindestens einmal revidiert werden kann; die Aufsichtsbeamten müssen mit dem Vollzugsrecht ausgestattet und unabhängig gestellt sein. Für die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften betreffend Frauenarbeit sind Frauen als Aufsichtsbeamte anzustellen.
- c) Die auf Grund des in allen Ländern den Arbeitern zu gewährenden freien Koalitionsrechtes (IIa) errichteten Gewerkschaftsorganisationen sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen. Insbesondere sind die Gewerkschaften anzuhalten, durch ihre Kommissionen, Sekretariate usw. den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Hand zu gehen.
- d) Zur Sicherstellung der Durchführung des Arbeiterschutzes sind die Unternehmer von Betrieben mit mindestens fünf fremdsprachigen Arbeitern gezwungen zu verpflichten, auf eigene Kosten und unter Kontrolle des öffentlichen Unterrichtswesens Unterrichtskurse einzurichten, in denen die eingewanderten Arbeiter die Sprache des Landes erlernen.
- e) Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Cib Basel) ist im Friedensvertrage ausdrücklich als Organ für die Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen.
- f) Dem Internationalen Gewerkschaftsbund ist eine Vertretung im Internationalen Arbeitsamt zu gewähren.
- g) Das Internationale Arbeitsamt beruft die periodisch zu veranstaltenden, von den Vertragsstaaten offiziell zu beschickenden internationalen Kongresse zur Förderung der Arbeiterschutz- und sozialpolitischen Gesetzgebung. Die vertraglich bindenden Regierungen verpflichten sich, für die Durchführung der Beschlüsse dieser Kongresse einzutreten.

h) Die Kosten für dieses Amt werden von den vertraglich bindenden Staaten getragen. Die vorstehenden Forderungen sind als Mindestmaß dessen anzusehen, was als internationaler Arbeiterschutz im Friedensvertrage festgelegt werden kann und werden muß.

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

Der Verfall von Lebensversicherungen durch den Krieg und ihre Wiederbelebung behandelte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der im Reichstage gestellt und vom Abgeordneten Sildensbrand begründet wurde. Der Antrag lautete:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 alsbald gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, wonach alle vor dem 1. August 1914 abgeschlossenen Lebensversicherungen von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen, für die während der Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt wurde, bis drei Monate nach Friedensschluß dadurch wieder in Kraft gesetzt werden können, daß die Versicherungsnehmer entweder die nicht gezahlten Prämien zinsfrei nachbezahlen oder verlangen können, daß der Beginn und Endtermin der Versicherung ohne Kürzung der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht gezahlt wurden.“

Es handelt sich hierbei um wichtige Interessen auch der Arbeiterschaft, wofür Sildensbrand, der als einer der Leiter der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsgesellschaft „Volkfürsorge“ besonders sachverständig ist, wertvolles Material beibrachte, aus dem wir die charakteristischsten Seiten hervorheben wollen.

Im Jahre 1914 sind bei einer einzigen Versicherungsgesellschaft in der großen Lebensversicherung 15 713 Versicherungen und in der kleinen Lebensversicherung 223 570 Versicherungen vergütungslos verfallen. Es sind also bei dieser einen Gesellschaft im Jahre 1914 239 283 Versicherungen erloschen, für die 139 040 970 Mk. versichert waren. Im Jahre 1915 sind bei der „Victoria“ für große Lebensversicherungen 13 621, für kleine Lebensversicherungen 82 837 Versicherungen vergütungslos verfallen, bei der „Friedrich Wilhelm“ 134 319 Versicherungen, bei der „Duna“ 26 256, bei der „Wilhelma“ 17 157. Es sind also allein bei diesen vier Gesellschaften im Jahre 1915, nachdem die wirtschaftlichen Verhältnisse sich schon einigermaßen wieder ausgeglichen hatten, 274 190 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 145 339 938 Mk. vergütungslos verfallen.

Diese Benachteiligung der Versicherten ist allgemein als ein Mangel empfunden worden und auch die Versicherungsgesellschaften haben dieser Empfindung etwas Rechnung tragen müssen, jedoch in ganz unzulänglicher Weise, indem sie eine neue Gesellschaft gründeten mit erleichterten Bedingungen für die Wiederaufnahme der an ihrer Gesundheit Geschädigten, und haben diese Tat noch als ein ganz besonderes soziales Entgegenkommen bezeichnet, aber dabei natürlich nicht hervorgehoben, daß diese neu zu schaffende Versicherungsgesellschaft für die an ihrer Gesundheit Geschädigten natürlich auch besondere Prämienberechnungen aufstellt, bei denen eben diese geschädigte Gesundheit als ein das Risiko besonders verstärkendes Moment eingestellt wird, was sich dann in der Festsetzung besonders berechneter höherer Prämien der durch den Krieg an ihrer Gesundheit Geschädigten ausdrückt.

Daß die Versicherungsgesellschaften sehr wohl imstande sind, den berechtigten Ansprüchen der Versicherten, wie sie im sozialdemokratischen Antrage vertreten werden, nachzukommen, bewies Sildensbrand durch folgende Ausführungen:

„Die Regierung hat uns eine Denkschrift vorgelegt, die alle ihre Maßnahmen zur Lösung der wirtschaftlichen Schädigungen, wie sie im Krieg entstanden sind, aufzählt. In dieser Denkschrift ist auch ein Kapitel den Privatversicherungsgesellschaften gewidmet, und in diesem Kapitel lesen wir kein Wort von eingetretene Schädigungen der Gesellschaften, sondern die Regierung kann mit Befriedigung mitteilen, daß „eine fortwauernde gefestigte Lage der deutschen Privatversicherungsgesellschaften festgestellt werden kann“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) „In derselben Denkschrift wird uns mitgeteilt, daß die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften bei der fünften Kriegsanleihe 390 Millionen Mark gezeichnet haben, 215 Millionen Mark für eigene und 175 Millionen Mark für fremde Rechnung. Auf alle bisherigen Kriegsanleihen haben die Lebensversicherungsgesellschaften 1870 Millionen Mark gezeichnet; gewiß ein erfreuliches Zeichen! Nun haben die Versicherungsgesellschaften — und ich will damit nur beweisen, wie sehr sie finanziell in der Lage sind, die Schädigungen selber

zu übernehmen, die den Kriegsteilnehmern erwachsen sind — im Frieden den größten Teil ihrer Gelder in Hypotheken angelegt, in Hypotheken, die zum weitaus größten Teil, ja, ich möchte behaupten, fast alle, sicher unter 5 Proz. ausgeben worden sind. Während der Dauer des Krieges sind die Versicherungsgesellschaften in der Lage gewesen, durch Zeichnungen auf die Kriegsanleihe 5 Proz. Zinsen für ihr Kapital zu bekommen; sie sind in der Lage gewesen, den Emissionskurs für sich in Anspruch zu nehmen und sie sind als Vergütungstellen der Anleihen auch in den Besitz der erheblichen Provisionen gekommen. Ich gehe sicher nicht fehl, wenn ich sage, daß allein durch den besonderen finanziellen Vorteil, den die Lebensversicherungsgesellschaften durch die Möglichkeit der höheren Verzinsung ihrer Kapitalanlage erzielen, die durch den Antrag den Gesellschaften zugemutete Erhöhung der Verwaltungskosten und des Risikos schon mehr als gedeckt wird. Es wird sonach durch unseren Antrag von den Gesellschaften nichts Unerwartetes verlangt; er will nur eine Abwägung eines erheblichen Teiles der entstandenen Kriegsschäden der versicherten Kriegsteilnehmer auf die wirklich potenten und leistungsfähigen Gesellschaften, die es in erster Linie den Kämpfern, die im Felde ihre Gesundheit opfern, zu verdanken haben, wenn sie während dieser kritischen Zeit innerhalb des Reiches ungehindert und mit großem Erfolg ihre Geschäfte weiter-treiben konnten!“

Nun könnte noch gesagt werden, aus technischen Gründen sei dieser Antrag nicht durchführbar. Meine Herren, ich möchte Sie ganz kurz darauf aufmerksam machen, daß die Praxis dieses Antrages der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsgesellschaft „Volkfürsorge“ seit dem März 1915 vom kaiserlichen Aufsichtsamte genehmigt und von ihr auch mit Erfolg durchgeführt wird. Als der Krieg sechs Monate gedauert hatte, mußte der Vorstand der „Volkfürsorge“ feststellen, daß eine große Zahl von Versicherungsnehmern außerstande war, die Prämien weiterzugeben, und daß ihnen dadurch eine gewisse Schädigung entstehen müßte. Da man das bei der „Volkfürsorge“ absolut vermeiden wollte, hat man sich mit dem kaiserlichen Aufsichtsamte verständigt, um einen Weg zu suchen, den Versicherten ihre Ansprüche auf ihr Versicherungsrecht zu erhalten. Das Aufsichtsamte hat dann dem Vorschlage zugestimmt, daß die bei der „Volkfürsorge“ während des Krieges stornierten Versicherungen, so wie es in unserem Antrage steht, wieder in Kraft gesetzt werden können, und der Erfolg ist sehr erfreulich. Schon während der Dauer des Krieges ist es dank der Besserung der Arbeitsverhältnisse in zahlreichen Berufen einer großen Zahl von Versicherten, die bei Beginn des Krieges die Prämienzahlung eingestellt haben, auf Grund des gewährten Entgegenkommens möglich gewesen, ihre Versicherungen wieder in Kraft zu setzen und sich dadurch ihren Versicherungsanspruch voll zu wahren. Man wird sicher überall die Erfahrung machen, daß, wenn das Gesetz rasch gemacht wird, noch im Laufe des Krieges ein großer Teil der Versicherungen wieder in Kraft gesetzt werden kann und der Rechtsanspruch auf diese Versicherungen gesichert wird. Es ist unfruchtig, daß die finanziellen Folgen unseres Antrages, den das kaiserliche Aufsichtsamte den kleinen Gesellschaften bereits genehmigt hat, von den großen Gesellschaften erst recht übernommen werden können. Die Maßnahme wird die Gesellschaften etwas Geld kosten, es wird eine kleine Steigerung der Verwaltungskosten entstehen, aber das ist ein kleines Kriegsoffer der Aktionäre, sicher tausendmal kleiner als die Opfer, die die geschädigten Versicherten tragen, die nicht nur mit dem Verfall ihrer Versicherung, sondern mit dem Verfall ihrer ganzen Existenz und Familien zu rechnen haben.“

Der sozialdemokratische Antrag wurde widerspruchlos der Budgetkommission des Reichstages zur Weiterberatung überwiesen.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. Für die Berichterstattung an das Statistische Amt, über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Monat Mai, haben die Verwaltungen der Bahnhöfen in Düsseldorf, Ghanau, Ruhla, Solingen und Weiskensfeld, trotz erfolgter Mahnung, die Berichtarten nicht eingesandt. Diese 6 Bahnhöfen mit zusammen 92 männlichen und 67 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschiederten Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 105 Bahnen und Bahnhöfen mit zusammen 5281 männlichen und 11701 weiblichen, insgesamt also 16982 Mitgliedern, waren am Stichtage, dem 26. Mai, 26 männliche und 277 weibliche am Ort befindliche sowie 4 durchreisende, insgesamt also 307 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,6, bei den weiblichen 2,4 und bei beiden zusammen 1,8 Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat, mit 2,4 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 0,7 bei den männlichen und 3,2 bei den weiblichen — ist wieder eine wesentliche Abnahme der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (auf der Seite befindlich), Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1916, 1917). Rows include months from May 1916 to May 1917.

Aus der „guten“, alten Zeit gibt uns nachstehendes Rundschreiben aus dem Jahre 1869 Kunde, und es lehrt uns zugleich den Wert unseres Verbandes schätzen, der mit 13- und 14-jährigen täglichen Arbeitszeiten gründlich aufgeräumt hat, selbst in den unansehnlichsten hinterwäldlerischen Gegenden, auch wenn er dort noch niemals Lohnbewegungen geführt hat.

Die hiesigen Mitglieder des int. Vereins für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige, an die S. S. Arbeitgeber.

Schon seit mehreren Jahren ist in der Buchbinderei und den damit verknüpften Geschäftszweigen ein Mangel an Arbeitern fühlbar, der von Jahr zu Jahr zunimmt; woher das rührt, ist leicht zu erklären. Unser Gewerbe nähert sich immer mehr der Fabrikation, und es bedarf bedeutender Mittel, um konfuzieren zu können, ein eigenes Geschäft mit wenig Mitteln zu gründen ist schwer und wird mit der Ausdehnung der Maschinenarbeit immer erfolgloser werden; dem mittellosen Arbeiter zeigt sich keine bessere Zukunft denn die, stets als Arbeiter sein Leben fristen zu müssen.

Die materiellen Verhältnisse sind jedoch innerhalb unseres Gewerbes derart, daß es selbst den ledigen Arbeitern ohne sonstige Hilfe fast nicht möglich ist, ein anständiges Auskommen zu erlangen; den älteren, verheirateten Arbeitern ist das noch viel schwerer und namentlich letzteren eröffnet sich eine traurige Zukunft für das Alter. Die lange Arbeitszeit von 12 und 13 Stunden, ja an einigen Orten sogar noch 14 Stunden, verhindert die Ledigen, an ihrer Ausbildung zu arbeiten, macht es den Verheirateten unmöglich, sich ihrer Familie und der Erziehung ihrer Kinder widmen zu können. Die mangelhaften sozialen Verhältnisse sind jedoch schon so bekannt, daß ein gewissenhafter Vater sich nicht so leicht entschließt, seinen Sohn ein Gewerbe lernen zu lassen, das so unangünstige Aussichten für sein Fortkommen bietet. Werksknechten, die früher 5 und 6 Befehle zu gleicher Zeit anerkennen, haben jetzt Mische einen zu erhalten, wodurch sich für die Zukunft ein noch größerer Arbeitermangel ergeben wird.

Es ist nach dem Angeführten nur natürlich, wenn die Arbeiter daran denken, ihre Lage zu verbessern und sich zu diesem Zwecke vereinigen. Der int. Verein, der sich bereits über ganz Deutschland und die Schweiz ausbreitet, und mit den französischen und englischen Kollegen in direkter Verbindung steht, hat nicht, wie viele behaupten, die Unzufriedenheit hervorgerufen; er ist nur das naturgemäße Produkt derselben, und seine Aufgabe ist nicht nur den Arbeitern in den verschiedenen Wechseljahren des Lebens durch Gründung von Unterrichtsstellen Schutz zu gewähren, sondern auch den geredeten Klagen der Arbeiter Ausdruck zu geben und für die Verbesserung ihrer sozialen Lage zu wirken.

Was wir verlangen ist wenig, wir müßen den geehrten S. S. Arbeitgebern nicht zuviel auf einmal zu; wir verlangen die Verabreichung der Arbeitszeit auf 11 Stunden mit Verbeibehaltung der hier früher schon üblichen Pausen für Frühstück und Beyer, und hoffen um so zuverlässlicher auf Erfüllung dieses Wunsches, weil nicht bloß in anderen Städten, so namentlich in Leipzig und Berlin, sondern auch hier schon eine Anzahl der bedeutendsten Geschäfte in richtiger Erkenntnis des Zeitgeistes freiwillig die Arbeitszeit auf genannte Weise abgekurzt, selbstverständlich ohne Abzüge am Lohn zu machen, und zwar die S. S. Velferich (Kunverfabrik), Koch, Wadmann, Grönlein, Alb. Schmidt; ebenso in den Buchbindereien, welche in Verbindung mit Buchdruckereien bestehen.

Wir schließen in der festen Hoffnung, daß unsere Bitte gewährt und die hiesigen Arbeitgeber human genug sein werden, die billigen Forderungen ihrer Arbeiter freiwillig zu gewähren und dieselben nicht nötig haben werden, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber durch gewalttätige Schritte, die wir aber zu vermeiden hoffen, zu stören.

Mit Hochachtung Stuttgart, im Juli 1869. Der Ausschuß.

Preiserhöhung für Geschäftsbücher. In der „Bav. vierzeitung“ wird bekanntgegeben: Die in den letzten Monaten weiter fortgeschrittenen und noch anhaltenden, ungewöhnliche Preissteigerung sämtlicher Rohstoffe sowie die durch die Vertenerung der Lebensmittel bedingte wesentliche Erhöhung der Teuerungszulagen für alle Arbeitnehmer nötigten die Geschäftsbücherfabrik J. C. König u. Erhardt in Hannover zu nochmaliger Erhöhung der Preise der gesamten Erzeugnisse. Im Einverständnis mit ihren Berufsfreunden und auf Grund eines Beschlusses des Vereins Deutscher Geschäftsbücherfabrikanten hat das Haus den Teuerungszuschlag auf 20 v. S. festgesetzt, er trat am 15. Mai in Kraft. Diese Mitteilung läßt nach ihrer ganzen Aufmachung darauf schließen, daß auch die übrigen deutschen Geschäftsbücherfabriken ihre Preise erhöht haben.

Sprüche des Erkenntnis.

Würde des Menschen:

„Nichts mehr davon, ich litt“ euch. Zu essen, gebt ihnen zu wohnen. Habt ihr die Blöße bedekt, gibt sich die Würde von selbst.“ (Schiller.)

Erhöhung der Druckpreise und der Preise für Buchbinderarbeiten macht das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker bekannt, und zwar folgen: 1. bei allen Druckerarbeiten, außer Werten, Zeitschriften und Zeitungen, der Zuschlag auf die Satz- und Druckpreise des Deutschen Buchdrucker-Tarifstifts auf 50 Proz. und 2. bei Werten, Zeitschriften und Zeitungen der Zuschlag auf die Satz- und Druckpreise, insoweit es sich um laufende Lieferungen handelt, auf 33 1/2 und bei neuen Aufträgen auf 40 Proz. sich erhöhen.

Die Buchbinderarbeiten sind entsprechend den erhöhten Mehrkosten in Rechnung zu stellen.

Zur Durchführung dieses Beschlusses sind die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker verpflichtet, heißt es in der bezüglichen Bekanntmachung des Tarifamtes, also auch die Gehilfen haben diese Pflicht zu übernehmen.

100 Proz. Preiserhöhung für Steindruckarbeiten in Berlin. Wie wir einem Bericht über eine Versammlung der Berliner Steindruckereibesitzer entnehmen, wurde dort folgendes beschlossen:

„Nach erschöpfender, sachlicher Aussprache, in welcher noch weitere Gründe für ein gemeinsames Vorgehen zur Besserung der gewerblichen Verhältnisse vorgebracht wurden, einigte man sich dahin, die Leitung der Versammlung solle im Auftrag der „Vereinigten Steindruckereien Groß-Berlins“ ein Rundschreiben herstellen lassen, in welchem kurz die Gründe dafür zusammenzufassen sind, warum sich das Steindruckgewerbe genötigt sieht, die bisherigen Druckpreise um das Doppelte zu erhöhen.“

Das mögen sich unsere Kollegen aus der Lugschpapierindustrie für Teuerungszulagenforderungen merken.

Vom Buchbinder-Werkmeisterverband. In einer Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Werkmeisterverbandes vom 28. April d. J. hielt der Verbandsvorsitzende Dreus einen Vortrag, für die Erhöhung der Mindestgehälter der Werkmeister. Er betonte dabei, daß der seinerzeit festgesetzte Mindestgehalt von 220 M. monatlich viel zu niedrig sei und als mindestens jetzt bei der steigenden Teuerung 300 M. gefordert werden müßten. In einer demnächst ein-

zuberaufenden Versammlung sollten die Forderungen aufgestellt werden. Sämtliche Redner stimmten ihm zu.

Zur „Ueberstundenbezahlung“ nahm in Nr. 14 der „Zeitschrift des Werkmeisterverbandes“ der Werkmeister Kiehe das Wort und bezeichnete die Nichtbezahlung der Ueberstunden direkt als gegen die guten Sitten verstoßend gemäß § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches“. Es gab Fälle, wo Werkmeister 100 und 120 Ueberstunden monatlich geleistet hätten. Es müßte daher Grundsat sein: Keine Mehrleistung ohne Mehrbezahlung.

Wir pflichten Herrn Kiehe durchaus bei und haben von jeher die Spruchpraxis des Berliner Gewerbegerichts befolgt, wonach derjenige nicht als Werkmeister angesehen werden könne, der Ueberstunden bezahlt bekomme, weil damit der wesentliche Begriff des festen Einkommens wegfiel, der bei der Beurteilung der Frage: Wer ist Werkmeister, eine Rolle spielt. Es muß gegen derartige veraltete Auffassungen solange Sturm gelaufen werden, bis sie gefallen sind.

Bibliographisches Institut A. O. in Leipzig. Das zweite Geschäftsjahr weist einen Verlust von 255 436 Mark aus, der aus der geistlichen Rüchlage gedeckt werden soll. Obgleich sich der Abzug der Verlagswerke gegen das Vorjahr wesentlich gehoben hat, verteuerte die zum Teil ganz enorme Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien einerseits und die durch die Not der Kohlenbeschaffung bedingte zeitweise Einschränkung des Betriebes andererseits die Herstellung derart, daß auch der erhöhte Absatz nicht hinreichte, die Herstellungskosten zu decken und einen Gewinn abzuwerfen. Es berichtet die Verwaltung.

Albert Oppermann, Braunschweig, gefallen. Wieder hat der Tod einen unserer langjährigen Funktionäre hinweggerafft. Kollege Oppermann wurde von mehreren Genatipflittern so schwer getroffen, daß der Tod sofort eintrat. Im August 1915 wurde Oppermann als 39-jähriger zum Seeresdienst einberufen und die Organisation verlor damit einen ihrer ältesten, wenn nicht gar den ältesten, ehrenamtlich tätigen Funktionäre. Im Juli 1898 wurde Kollege Oppermann in Braunschweig als Kassierer gewählt. Treu und gewissenhaft versah er das Amt volle 17 Jahre und gewiß hätte er nach Beendigung des Krieges das ihm aus Herz gewachsene Amt sofort wieder übernommen, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, gesund wieder in unsere Reihen zurückzukehren. Wir betrauen in dem Verstorbenen ein wertvolles Glied unseres Verbandes, bedauern den Verlust im Interesse unserer Braunschweiger Bahnhöfe, insbesondere beklagen wir aber auch den Tod unseres braven Freundes um seiner Gattin, seiner Familie willen.

Korrespondenzen.

Stuttgart. Die Kontobuchhalter und arbeiterinnen versammelten sich am Freitag, den 8. Juni, um den Bericht über die abgeschlossene neue Teuerungszulage entgegenzunehmen. Kollege Wenig beleuchtete in seinen Ausführungen das Angebot der Kringspale, das neben einer Trennung der Zulagen zwischen verheiratet und ledig auch eine solche zwischen Afford- und Stundenarbeiter vorsieht und auf prozentualer Berechnung aufgebaut ist, das in seiner Wirkung jedoch nicht zur Annahme empfohlen werden konnte. Dasselbe trifft auch für die Arbeiterinnenöhne zu, deren Säge unannehmbar waren, sollte nicht eine Verschlechterung des leiblichen Zustandes eintreten. Die Verhandlungen ergaben in erster Linie den Befehl einer Trennung zwischen Afford- und Stundenarbeiter, ebenso wurde auf die Berechnung der Zulage in Prozenten verzichtet, nachdem sich herausstellte, daß die gegenseitigen Änderungsanträge zu keinem entsprechenden Resultat führten. Das Ergebnis war die Annahme der in Leipzig festgelegten Sätze für den Dreistücktarif, jedoch mit Wirkung vom 1. Juni. Der Tarif wurde auf ein weiteres Jahr, bis zum 1. Juli 1918, verlängert; über die Dauer der Zulage wurde der Passus festgelegt, daß drei Monate nach Beendigung des Krieges die beiderseitigen Vertreter zusammenzutreten sollen, um über die Höhe und Weiterführung der Zulage Beschluß zu fassen. — In der Diskussion wurde speziell von Seiten der Kolleginnen Klage darüber geführt, daß die Staffellung in den zwei oberen Staffeln der Arbeiterinnenöhne in keinem richtigen Verhältnis zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen; die Abgrenzung sollte erst mit 23 M. beginnen. Die gegenwärtige erschwerte Verdienstmöglichkeit hätte ein größeres Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer gerechtfertigt, da doch eine viel größere Ausnutzung der Arbeitskraft vorliege. Von den Verbandsvertretern wurde einer vermehrten Arbeit für die Organisation das Wort geredet, um die Zahl der Unorganisierten auf ein möglichst niederes Maß herabzudrücken, damit dadurch bei künftigen Verhandlungen den Unternehmern gegenüber mit einer vollständig organisierten Arbeiterschaft aufzutreten werden kann.

Auszeichnungen.

Folgende, im Felde an Mitglieder unseres Verbandes verliehene Auszeichnungen wurden uns gemeldet:

Das Eiserne Kreuz erhielten die Kollegen:

Emil Wejchornier und Franz Bagt, Mitglieder der Zählstelle Hamburg-Altona; Karl Henning, Einzelmitglied im Gau 9; Heinrich Förster, Mitglied der Zählstelle Krefeld;

Karl Lange, Mitglied der Zählstelle Berlin; Ernst Hubach, Mitglied der Zählstelle Königsberg;

Ketur Materne, Einzelmitglied im Gau 2; Hermann Defer, Mitglied und früherer Zählstellenleiter in Limbach i. Sa.

Fugo Scheuerle, Mitglied der Zählstelle Stuttgart.

Außerdem wurden verliehen den Kollegen:

Alfred Bug, Mitglied in Hamburg-Altona, das Eiserne Kreuz und das Konfetenkreuz, unter Beförderung zum Unteroffizier;

Oskar Haubold, Einzelmitglied im Gau 9, das Eiserne Kreuz und das Schwarzburgische Verdienstkreuz;

Hans Schreier, Mitglied in Chemnitz, das Eiserne Kreuz, nachdem er 1915 schon die Friedrich-August-Medaille erhalten hat;

Wilhelm Ulrich, vordem Bevollmächtigter der Zählstelle Mathenow, das Eiserne Kreuz und die Rote-Kreuz-Medaille.

Internationales.

Eine neue internationale Gewerkschaftskonferenz in Sicht. Die jüngst in Stockholm stattgefundene internationale Gewerkschaftskonferenz ist nur als eine gewerkschaftliche Teiltagung zu betrachten, da die Vertreter der englischen, französischen und italienischen Gewerkschaften nicht anwesend waren. Die Engländer hielten eine Teilnahme überhaupt für zwecklos, den Franzosen hat ihre Regierung die Einladung nicht zugehen lassen und wahrscheinlich wird es die italienische Regierung ebenso gehandelt haben. Aus diesem Grunde ist die Stockholmer Konferenz in eine Behandlung der vorliegenden Vorschläge der gewerkschaftlichen Friedensförderer nicht eingetreten, sondern will dies einer späteren Konferenz überlassen, wie aus den nachfolgenden Beschlüssen hervorgeht:

Einladung zur allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917, zu der die Gewerkschaften in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz in Leeds vom Juni 1916 und von dem Entwurf der Friedensförderer des I.G.B. genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf das stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in eine endgültige Beratung einzutreten. Sie beschließt daher, die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht ist. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des I.G.B. nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei der Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Mit brüderlichem Gruß

(folgen die Unterschriften sämtlicher Kongreßteilnehmer, voran diejenigen aus neutralen Ländern).

Auf Antrag Huebers wird noch folgender Zusatz beschlossen:

„In der Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz aller Widrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrecht erhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vorzüglich besetzt sein wird.“

(IK) Jahreskonferenz des dänischen Gewerkschaftsbundes. Im Volkshaus zu Kopenhagen fand in der letzten Aprilwoche der diesjährige Kongreß des dänischen Gewerkschaftsbundes statt. Der Jahresbericht des Vorstandes entnehmen wir: Der Vereinigte Gewerkschaftsbund besteht aus 52 Verbänden mit 1465 Sektionen und drei lokalen Gewerkschaftsvereinen. Im Laufe des Jahres haben die Straßenbahn- und Omnibusangestellten sich dem Kommunalarbeiterverband angeschlossen; der Verband der Kürschner ist in dem Hutmacherverband aufgegangen; der Verband des Lokomotivpersonals der dänischen Privatbahnen, sowie der dänische Friseurverband sind im Gewerkschaftsbund neu aufgenommen worden. Die Zahl der Sektionen ist um 147 gestiegen. Die Mitgliederzahl, die Ende 1915 131 889 betrug, war im Dezember 1916 auf 150 522 gestiegen, darunter befanden sich 22 827 weibliche Mitglieder. Unter den neu Hinzugekommenen befinden sich 15 200 Männer und 3433 Frauen.

Der Gewerkschaftsbund zahlte 87 724 Kronen an Streikunterstützungen an fünf Verbände, außerdem wurden 50 000 Kronen zur Unterstützung des großen Konflikts in Norwegen gegeben. Für die Negerbewegung auf St. Croix (zu dem nunmehr an die Vereinigten Staaten abgetretenen Dänisch-Westindien gehörig) hat der Bund 1000 Kronen und zum neuen Gebäude der Arbeiter-Hochschule in Esbjerg ebenfalls 1000 Kronen zugesteuert.

Der Gewerkschaftsbund hatte beim Justizministerium eine Reform der Gefängnisarbeit beantragt, erhielt aber einen abschlägigen Bescheid. Diese Frage wird jetzt weiter verfolgt werden.

Ueber Lohnbewegungen sagt der Bericht u. a.: Im April des vorigen Jahres, als unser Kongreß abgehalten wurde, waren neue Verträge für 73 366 Arbeiter durchgeführt. Seitdem sind die Lohnbewegungen fortgesetzt worden, wobei 51 Verbände und lokale Gewerkschaftsvereine 646 — 105 700 Mitglieder umfassende — Verträge abschlossen. Es wurden Lohnerhöhungen sowie Teuerungszulagen erreicht. Die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit wurden wegen des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften etwas in den Hintergrund geschoben. Im Jahre 1918 lauten 399 Verträge für 87 723 Mitglieder ab.

Zu der augenblicklichen Lage sagte der Vorsitzende: „Fast in der ganzen Kriegszeit war die Beschäftigung gut, die Ereignisse der letzteren Zeit jedoch haben eine sehr wesentliche Wandlung herbeiführt. Die Zufuhr von Rohstoffen und Kohlen wird immer schwieriger, wodurch bereits eine große Zahl Arbeiter arbeitslos geworden sind.“

Die Gewerkschaften Ungarns im Jahre 1916. Die ungarischen Gewerkschaften verloren bei Kriegsbeginn mit einem Schlage weit über die Hälfte ihrer Mitglieder. Während ihre höchste Mitgliederzahl im Jahre 1912 110 000 überstiegen hatte, sank sie bis Ende Dezember 1914 auf 51 000 und im zweiten Kriegsjahre auf 43 000. Damit aber war der tiefste Stand überschritten und es ging wieder aufwärts. Ende 1916 ist die Mitgliederzahl auf über 55 000 angewachsen. Dreiviertel dieser Mitgliederzahl wohnt in Budapest und Umgegend. Etwa über 8000 weibliche Mitglieder sind in der Gesamtzahl enthalten. Am besten erholt haben sich die Metall- und Holzarbeiter. Auch die Verbände, die der Gesamtorganisation der ungarischen Fachvereine nicht angeschlossen sind, wie die Straßenbahner und Bergarbeiter, haben im Jahre 1916 wieder einen kräftigen Aufschwung genommen. Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen rund 1 1/2 Millionen Kronen, die Ausgaben 1 1/4 Millionen. Das Vermögen der ungarischen Gewerkschaften hat seit Kriegsausbruch um rund 1/2 Million Kronen zugenommen.

Amerika. Reiseeindrücke aus Deutschland. Angeregt, wie er sagt, durch den Reisebericht des Genossen Eberle, nimmt nun auch ein Kollege Herrmann im „Internationalen Bookbinder“ das Wort, um von seinen Erlebnissen in Deutschland zu erzählen. Ihm war es, wie er schreibt drei Monate vor Kriegsausbruch, unmöglich, einen Einblick in die Verhältnisse der Kollegen in Deutschland zu haben, da er in jeder Werkstätte, wo er vorsprach, „höflich, aber bestimmt“ hinauskomplimentiert wurde.

Vom Internationalen Sekretariat hätten weder er noch offenbar die Buchbinder, mit denen er gesprochen habe, eine Ahnung gehabt.

Von der Buchgewerbeausstellung in Leipzig, der der Hauptteil des Berichts gewidmet ist, zeigt sich der Schreiber über alle Maßen begeistert und erklärt sie für eine Quelle der Belehrung und des Genusses. Er vermühte dabei allerdings die amerikanischen Buchbindermaschinen, die seiner An-

sicht nach doch in der Welt führend sind. Zwei Wochen des dreimonatigen Aufenthalts in Deutschland verbrachte der Schreiber in Leipzig, wo er die Ausstellung zweimal täglich besuchte. In Berlin sah er sich alle Sehenswürdigkeiten und alle königlichen, kaiserlichen und öffentlichen Gebäude an: den Reichstag, das Neue Palais in Potsdam usw. Dabei fällt ihm besonders der billige Preis der Eintrittskarten auf, und daß keinerlei Fragen über den Zweck der Besuche an ihn gerichtet worden seien“. Bemerkenswert war der absolute Mangel an bürokratischem Wesen dabei, schreibt der Verfasser. Der Bericht schließt in der Hoffnung, daß die nächste Leipziger Ausstellung ein besseres Bild der amerikanischen Buchbindermaschinen bieten werde.

Rundschau.

Vom Bauarbeiterverband während des Krieges gab in einer Konferenz des Verbandsbeirates dessen Kassierer u. a. interessante Aufschlüsse. Er jagte nach dem „Grundstein“:

„Am Schluß des ersten Quartals hatten wir in 817 Zweigvereinen noch 72 431 Mitglieder gegen 50 157 im vorigen Jahr. Vom Beginn des Krieges bis zum Schluß des ersten Quartals hat der Verband für Beiträge 765 964 497 Mk. eingenommen und 1023 084 059 Mk. für Unterhaltungen ausgegeben; davon 554 197 470 Mk. an die Familien der Eingezogenen und 321 772 035 Mk. für Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung. Die Ausgabe für Unterhaltungen aller Art ist um 2571 195,62 Mk. höher als die Einnahme an Beiträgen. Infolgedessen ist das Verbandsvermögen der Hauptkasse um fast 2 Millionen zurückgegangen, trotzdem uns während des Krieges an Zinsen aus unserem Vermögen 1 819 914,42 Mk. zufließen. Auch die Vorkassensbestände sind um über 700 000 Mk. zurückgegangen. Da wir nach dem Kriege wahrscheinlich eine sehr große Zahl arbeitsloser und kranker Kollegen zu unterstützen haben, so müssen wir unsere Mittel während der ferneren Dauer des Krieges nach Möglichkeit zusammenhalten.“

Die Wirkung der Parteikirren auf den Verband wurde gleichfalls erörtert. Es wurde betont, daß sich der Verband bei der Art und Weise, wie die eine Parteirichtung gegen die Gewerkschaften vorgehe, nicht neutral verhalten könne. Er müsse die gegen die Einheit der Gewerkschaften gerichteten Bestrebungen abwehren. Man dürfe nicht den Kopf in den Sand stecken und die Gefahren für die Gewerkschaften nicht sehen wollen. „Es könne der Welt nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefalle. Erforderlichenfalls müßte man rücksichtslos Stellung nehmen; denn die Schankelie zwischen zwei Richtungen habe noch niemals zu etwas Gutem geführt. Der Redakteur des „Grundstein“ erklärte, daß sich die Redaktion in den Parteifreit selbstständig auch in Zukunft nicht einmischen werde, sie werde aber nach wie vor die gegen die Gewerkschaften gerichteten Angriffe abwehren und der Verführung und Schädigung der gewerkschaftlichen Bewegung nach Kräften entgegenwirken. Es sei unmöglich, gegenüber einer Richtung neutral zu sein, die an der Verführung der Gewerkschaften arbeite. Die Ausgabe ergab, daß von den Teilnehmern der Konferenz keiner eine Zerspaltung der Gewerkschaften wünscht. Auch jene wenigen Teilnehmer, die sich politisch zu den sogenannten Unabhängigen zählen, wollen die Einheit des Verbandes aufrechterhalten und verurteilen alle Zerspaltungsbestrebungen.“

Jahresabluß des Holzarbeiterverbandes für 1916. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe hat sich im Berichtsjahr auf dem schon zu Jahresbeginn vorhandenen günstigen Stand gehalten und ist in den meisten Branchen noch weiter gestiegen. Mit 240 Brog. arbeitslosen Verbandsmitgliedern im Jahre 1916 war gegenüber früheren Jahren bereits ein gewisser Hochstand erreicht und demnach war Ende des Jahres, im Dezember 1916, die Prozentziffer der Arbeitslosen auf 0,09 zurückgegangen. Obwohl im Anfang des Jahres 1915 bereits die ersten und schlimmsten Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen Arbeitslosigkeit überwunden waren, betrug doch die damalige Arbeitslosenziffer noch 13,38 Brog. Bei Kriegsausbruch betrug die Mitgliederzahl 192 465. Die Mitgliederbewegung hatte in den beiden ersten Kriegsjahren einen empfindlichen Rückgang aufzuweisen, der jedoch im Jahre 1916 so gut wie gänzlich zum Stillstand kam. Ende 1916 waren zwar immer noch 1166 Mitglieder weniger als Ende 1915 vorhanden, indem die Gesamtziffer von 69 415 auf 68 249 Mitglieder gefallen ist. Der Verband hatte im Jahre 1915 16 633 Neuaufnahmen zu verzeichnen, welche sich 1916 auf 21 925 erhöhte. Erfreulich ist

hierbei, daß auch die in größerem Maße in die Holzindustrie eingebundenen weiblichen Arbeitskräfte an dem Mitgliederzuwachs erheblich beteiligt sind. Von den 21925 Neuaufgenommenen entfielen 16 841 auf männliche und 4085 auf weibliche Mitglieder. So erfreulich an sich dieser Zuwachs an weiblichen Mitgliedern ist, so entspricht er doch lange nicht der Zunahme an weiblichen Arbeitskräften, die im Laufe des Kriegs in der Holzindustrie Unterkunft gefunden haben. Ein recht interessantes Kapitel bietet die Statistik der Lohnbewegungen. In dieser Beziehung zeigte das Berichtsjahr eine besondere Lebhaftigkeit, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein dürfte, daß im Holzgewerbe die Regelung der Steuerungsanlagen nicht zentral, sondern auf lokaler Grundlage vor sich ging. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des Verbandsvorstandes kam es 1916 zu 47 Angriffstreiks, 5 Abwehrstreiks, 8 Aussperrungen und 734 Lohnbewegungen ohne Streik. Es kamen dabei nicht weniger als 95 944 männliche und 13 057 weibliche Arbeiter, zusammen 109 000 Beteiligte in Frage, eine Zahl, die in früheren Jahren niemals erreicht wurde. Der Zweck dieser Bewegungen war in den witaus meisten Fällen, den Steuerungsverhältnissen angepasste Lohnsteigerungen in Verbindung mit angemessener Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Der Erfolg war eine Lohnerhöhung für 78 008 Personen in Höhe von durchschnittlich 7,03 M. wöchentlich.

Der Kassenabchluß ergibt für 1916 eine Mehreinnahme von 562 100 M., während das Jahr 1915 einen Ueberschuß von 748 867 M. ergab. Leider ist damit das Kriegsbudget der Verbandskasse noch nicht voll ausgeglichen, das 1914 eine Verminderung um 1 417 199 M. erfuhr. Haupt- und Nebenkassen zusammen erlitten durch den gewaltigen Kassenansturm des Jahres 1914 eine Einbuße von 2 371 937 M. Der Vermögensstand des Verbandes schließt sich Ende 1916 auf 6 713 894 M. gegen 7 404 017 M. Ende 1915.

Der **Walterverband im Jahre 1916.** Die Geschäftsfrage des Walergewerbes ist während des Krieges aus verschiedenen Gründen, besonders wegen der fehlenden und mangellos verteuerten Rohstoffe, sehr ungünstig. Demgegenüber kann der größere Bedarf an Arbeitskräften in verschiedenen Industrien, die mit Kriegsaufträgen beschäftigt sind und Wasser und Lackierwerk gebrauchen, keinen Ausgleich schaffen, so daß Tausende Berufsangehörige in andere Gewerbe abwandern mußten. Unter den äußerst ungünstigen Berufsverhältnissen und den sonstigen Begleiterscheinungen des Krieges ist die Zahl der Mitglieder auf 7242, darunter 108 weibliche, zurückgegangen; neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr 2341. — Günstiger als mit der Mitgliederbewegung sieht es um die finanziellen Verhältnisse des Walterverbandes. Zwar sind die Einnahmen entsprechend zurückgegangen, auf 407 548 M., doch hat damit die Verminderung der Ausgaben Schritt gehalten. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 672 471 M. auf 688 878 M., während das der Filialen von 153 668 M. auf 187 707 M. zurückging. Das Gesamtvermögen des Verbandes stieg auf 826 580 M. — Die Verbandstätigkeit erstreckte sich im besonderen auf die Durchsetzung einer allgemeinen Steuerungsanlage und auf zahlreiche Lohnbewegungen in anderen Gewerbe- und Industriebetrieben, in welchen Verbandsmitglieder tätig waren. Ferner widmete sich der Verbandsvorstand der Schaffung eines umfangreichen Programms für gemeinsame Tätigkeit mit den Organisationen der Unternehmer auf dem Gebiete des Lehrlingswesens, der sachgewerblichen Ausbildung der Berufsangehörigen, der Förderung von Qualitätsarbeit, der Beschaffung von Arbeitslokalen, vor allem in den Zeiten der schlechten Saison, der geregelter Arbeitsvermittlung, der besseren Preisgestaltung und anderem mehr.

Die Umsätze der **Großhandlungsgesellschaften.** Das „Internationale Genossenschafts-Bulletin“ stellte für 1914 folgende Zahlen fest:

	Umsatz M.	Zunahme M.	Prog.
E. W. S., Manchester	719 180 585	72 292 585	10,14
E. W. S., Glasgow	192 277 894	9 411 500	4,90
W. S., Hamburg	157 524 040	8 478 724	2,26
F. D. V., Kopenhagen	79 750 858	8 006 250	10,79
V. S. R., Basel	87 291 200	1 080 853	28,98
Hanga, Budapest	25 500 000	1 530 000	3,83
Westphalia, Helsingfors	20 068 561	1 828 205	6,59
R. A. L., Christiania	8 440 802	646 068	18,76

„Nordhern“ oder „Volksfürsorge“? Die Generalkommission teilt uns mit:

Der Umschlag der Broschüre: „Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt?“ bringt eine Anzeige der Versicherungsgesellschaft „Nordhern“. Da die Broschüre, die den Frauen der Kriegsteilnehmer dringend zu empfehlen ist, auf unsere Ver-

anlassung durch die Gewerkschaften verbreitet wird, kann es den Anschein gewinnen, als würde unerseits auch die Berichterung der Leser im „Nordhern“ empfohlen. Das ist keineswegs der Fall. Die Anzeige ist ohne unser Wissen auf den Umschlag gekommen. Es ist eine Anzeige, wie sie häufig von einem Verlag für eine zur Massenverbreitung bestimmte Truchschrift angenommen wird. Für die arbeitende Bevölkerung, insbesondere für die Mitglieder der Gewerkschaften und ihre Angehörigen, gibt es nur eine Versicherungsgesellschaft. Das ist die von dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine und den in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vereinigten Zentralverbänden errichtete gemeinnützige Volksversicherung „Volksfürsorge“.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
E. Legien.

Der **Kassabrennen im russischen Buchdrucker** kann nach dem „Korrespondent“ als allgemein durchgeführt gelten. Auch die Bestimmungen über die Sonntags- und Feiertagsruhe werden eingehalten. Zu Ostern gab es daher drei Tage lang keine Mäster, keine gedruckten Nachrichten. Leider sind auch unter den Arbeitern Verräter vorhanden. So konnte aus dem Archiv der früheren Geheimpolizei der Sekretär der Petersburger Buchdrucker-Gewerkschaft, Michailow, einer der Radikalführer der Radikalen seinem ganzen Gebaren nach, als Lodsipfel erkrankt werden. Der Mann ist verhaftet.

Der **Parteifreie in Braunschweig** hat schon zu recht neuen Erscheinungen geführt. So hat eine Bauarbeiterversammlung beschlossen, den Stimmträger Nieke aus dem Verbandsausguss zu weisen, weil er nicht den Anschauungen der Spartakusleute entsprechend gehandelt hat. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes wird dazu noch ein Wort mitzuprägen. Zwei Angestellte des Konsumvereins wollten man aus gleichem Grunde aus ihrer Stellung hinauswerfen, doch gelang der Versuch vorbei, da die Generalversammlung des Konsumvereins sich nicht dazu hergab, Letz wegen ihrer politischen Einstellung zu maßregeln. „Der Bureauangestellte“ des Bureauangestelltenverbandes gibt bekannt, daß in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Braunschweig die Arbeitgebervertreter für weit höhere Steuerungsanlagen der Angestellten eintraten als die Arbeitervertreter. Und warum das? Darauf gibt „Der Bureauangestellte“ folgende Antwort: „Das ganze Vorgehen der „radikalen“ Gewerkschaftsvertreter in Braunschweig ist nur die Folge davon, daß unsere Kollegen in der Massenverwaltung bzw. unser Verbandsmitglieder am Orte nicht mit einstimmen in die „radikalen“ Friedensschalmeien und Menschheitsbeglückungsphrasen. . . Auch für Braunschweig gilt das Wort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Wie man sich in Leipzig die „Einseitigkeit der Arbeiterbewegung“ vorstellt. In der Abteilung „Gewerkschaftsbewegung“ der „Leipziger Volkszeitung“ wird unter der kennzeichnenden Ueberschrift: „Eine Stellung der Leipziger Sozialisten“ über eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Handlungsgehilfen u. a. folgendes berichtet:

„Kollege Schürds (so heißt der „unabhängige“ Leipziger Parteisekretär, D. A.) sollte dann die Frage auf, wie sich die Kollegenenschaft zu der von der Verbandleitung — Wittig und Kretschmer — betriebenen Haltung stelle, ob diesen noch weiter das Vertrauen entgegengebracht werden könne, das ihnen von der Mitgliedschaft übertragen worden sei. Wittig und Kretschmer seien aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten und hätten sich den Leipziger Regierungsspezialisten und Sozialpatrioten angeschlossen. Die Einseitigkeit der Arbeiterbewegung sei dadurch geführt.“

Eine in 14 Tagen stattfindende Versammlung soll über das Weitere befinden, also wahrscheinlich den Hinauswurf der Betroffenen aus ihren Aemtern vorschlagen; nicht etwa, weil sie gegen das Interesse ihrer Gewerkschaft verstoßen haben, sondern weil sie in der Partei bleiben wollen, der sie bisher nach ihrer Ueberzeugung angehört haben und der sie auch weiter angehören wollen. Das nennt man dann die gewerkschaftliche Neutralität mahnen und für die Einseitigkeit der Arbeiterbewegung eintreten! Wichtigstens im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“. Wir haben noch niemals den Hinauswurf aus Verbandsämtern wegen Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei befürwortet und gedenken das auch in Zukunft nicht zu tun.

Was sagen aber zu obigen Vorkommnis jene 37 Leipziger Kollegen, die im Januar eine Resolution gegen uns beschlossen, in der uns eine Störung der „Einheit der Gewerkschaftsbewegung“ vorgeworfen wurde, weil wir uns gegen die Beitragsperre in den Gewerkschaften und die Gewerkschaftsgerötter von

Schlage des Herrn Kürbs — von dem übrigens später der „Korrespondent“ behauptete, daß er den haarsträubenden Anjum über die Gewerkschaftsopposition in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht habe — gewandt hatten? Damals handelte es sich unzweifelhaft um gewerkschaftliche Angelegenheiten, diesmal um eine Maßregelung aus politischen Gründen. Und dann erst der ungeschickliche, persönlich verletzende Ton des Versammlungsberichts der „Leipziger Volkszeitung“!

Gemischte Gesellschaft der Lebensmittelwahrer. Wer da glauben sollte, die Kriegswahrer sehten sich nur aus Leuten zusammen, die schon in Friedenszeiten in der einen oder anderen Richtung nicht ganz sauber waren, der dürfte in einem schweren Irrtum befangen sein. Die erste Kasse der wegen Kriegswahrers Reurteilung nemt neben zahlreichen beruflichen Lebensmittelhändlern und Verkäufern u. a. auch einen Kieler Bürschfabrikanten, einen sehr bekannten Wahrenfelder Wapzinafabrikanten (75 000 Mark Strafe!), einen Bergschlader aus Göttingen, einen Rentner aus Temstedt, einen Lehrer aus Dursch und den Direktor des Lebensmittelamtes in Mannheim. Wir leben fürwahr in einer großen Zeit!

Adressenänderungen.

Hagen. B. u. K. J. de Jong, Bograben 91.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedrich Adler. Von Karl Kautsky. — Oesterreichische Erneuerung. Von O. Jenßen. — Die Befreiung der Nationen. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Zur Frage der Agrarreform in Rußland. Von Karl Wadimonni. — Literarische Rundschau: Dr. Gertraud Wolf, Der Frauenwerb in den Hauptkulturstaaten. Von P. O. Dr. A. Schulte im Hofe, Die Weiterzeugung von Lebensmitteln und Nahrungsmitteln und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft. Von Lipichik.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 34. Jahrgangs erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 18 des 27. Jahrgangs zugegangen. — Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: In eigener Sache. — Der große Flügel. Gedicht von Karl Wendell. — Einst und jetzt. Von Willi Kähler. — Heulilten: Gefährliches Gesehwärben. Von Björnsterne Björnson. Auf der Nacht. Gedicht von Eichendorff. Aus dem Leben des kleinen Jan. Von Ernst Almsloh. Die Mutter als Erzieherin: Leite den Sammelleiter. — Politische Umchau. — Die Frau in der Gemeinde: Frauen in der häuslichen Verwaltung. Eine Wohlfahrtschule für Führerinnen. — Vom Fortgang des Frauenrechts: Zum Schutze des unehelichen Kindes. Das Frauenimmrecht in England. — Die Frau als Arbeiterin: Ein aus Arbeiterinnen gebildeter Arbeiterausschuß. Gegen die Frauenarbeit im Bergbau. — Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.

„Die Sozialistischen Monatshefte“, 11. Heft, 1917, enthalten u. a.: Die Aufgabe des Stockholmer Kongresses. Von Heinrich Reus, M. d. R. — Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen in Vergangenheit und Zukunft. Von Max Schippel. — Die Türkei, Rußland und Europa. Von Herman Stranold. — Arbeiterausschüsse. Von Friedrich Kleis. — Einleitung zu einer Betrachtung des Morgenlandes. Von Dr. Adolf Behne. — Ein sozialistisches Vergaberecht. Von Edmund Fischer, M. d. R. — Das preussische Wohnungsgesetz. Von Dr. Hugo Lindemann, M. d. württemb. Ldt. — Zeitdokumente. Von Wally Repler.

„Die Welle“, Sozialistische Wochenchrift. Das eben erschienene Heft 8 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Leisch, M. d. R.: Die Fremdbürgern. Alwin Seeger: Dem Wahlrecht der deutschen Frau! Johann Kluge: Die Revolutionierung der Revolutionäre IV. C. P. Heil: Das Arbeiterinteresse an der Kleinriedelung. Dr. Jmas Schlämer: Die „Intelligenz“ im neuen Deutschland. Ernst Mehlisch: Carl Wilhelm Lohse. Glosien. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mark, bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Briefkasten.

B. J. in K. Die Beantwortung solcher Fragen kann nicht Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes sein. Im Ihre Frage beantworten zu können, müßten wir mindestens die Sausordnung des betreffenden Bagarettes besitzen.

Wickelmaschine

für große Rollen zu kaufen gesucht, gebraucht, aber tadellos erhalten. Angebote unter C. 1167 an
Heinr. Eisler, Berlin SW. 68, Friedrichstraße 243.

Portefeuille-Branche.

Zum Schneiden, Zurichten und Schärfen der Leder und Kunstleder werden tüchtige, in der Branche erfahrene Personen zu sofortigem Eintritt bei guter Lohnzahlung und auf dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten zunächst schriftlich zu richten an

Carl Lauser, Geschäftsbücher- und Lederwaren-Fabrik, Stuttgart.

Angebot in allen Sorten

Papierspännen Pappenabfällen
Papierabfällen Makulatur u. dgl.

erbittet

Samuel Meyer, Berlin - Lichtenberg, Herzbergstr. 26.

Vollwertigen

Ersatz für echtes Blattgold

das nach Bundesrats-Beschluß für Buchbindereizwecke nicht mehr abgegeben werden darf, bietet meine seit Jahren bestbewährte

Patent-Neugold-Folie.

Jahrelange Haltbarkeit von Farbe und Glanz. Preis nur ein Drittel von dem des Goldes.

Verlangen Sie Muster und Offerte von

Albert Ellern, Nürnberg.

Ia. Lederleim

Ia. Kaltleim

Buchbinder-Kleister.

O. E. Hallich,

Leimgroßhandlung,

Berlin C. 2. Begründet 1795.

Fernsprecher Amt Zentrum 12849.

Dextrin, hell superior, Klebstoff „Klebomin“

vollwertiger Ersatz für alle Mehl- und Stärke-Kleister, bietet in prima Qualität an
Alfr. Diener, Chem. Industrie, Zwissau Sa. 66.

Büchsfaden

Ersatz für Post- und Bahnversand. Probe 5 kg. gegen Nachnahme. Lieferung nur an Selbstverbraucher.
Willy Rendsburg, Kiel 26.



Nähähle „Stepperin“

Wer zerflüssenes Schwebel, Ledertaschen, Schutzecken, Kleben, Zell- und Waggendefen, Füll u. vieles andere selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich
**Preis 2,50 Mk. mit loch. Nadeln gegen Voreinlieferung oder Nachnahme durch:
 General-Vertreter Chr. Schöpfer,
 :: Stuttgart 1, Schwabstraße 67 ::**

Papiergeschäft

mit

Buchbinderei und Druckerei

günstig zu verkaufen, evtl. auch geteilt, für Damen geeignet. Näheres durch **Hohenzollern-Buchhandlung, Berlin-Schöneberg, Brunnenwaldstr. 40.**

Beschneider

zum baldigen Eintritt gesucht.
Großbuchbinderei A.-G. vorm. Gustav Fritzsche, Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 80.

Suche für meinen Sohn (Hilfschüler), aus guter Familie, eine

Lehrstelle

in Buchbinderei und Papierhandlung, möglichst in Schlesien bei einem Meister, welcher schon solche Knaben ausgebildet hat. Angebote unter **B. D. 967** an **Rudolf Mosse, Breslau**, erbeten.

Zahlstelle Dresden.

Am 26. Mai verstarb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied

Max Dietze

im Alter von 86 Jahren.

Er war uns stets ein lieber Kollege und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Als weitere Opfer des Weltkrieges verloren wir nachstehende Kollegen:

- Robert Graf**, Buchbinder, geb. 8. 8. 1876 Wernsdorf,
- Bruno Sommer**, Buchbinder, geb. 1. 4. 1878 Leipzig,
- Otto Haberland**, Buchbinder, geb. 27. 1. 1883 Lindenwalde,
- Wilhelm Hinz**, Buchbinder, geb. 8. 6. 1876 Malchow,
- Paul Koeppen**, Galanteriearbeiter, geb. 5. 2. 1879 Weihensee,
- Fritz Dobbertin**, Buchbinder, geb. 5. 4. 1885 Demmin,
- Georg Pietruchy**, Buchbinder, geb. 6. 2. 1888 Jarostschin.

Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren!
 Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Braunschweig.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, das Ableben unseres langjährigen Kassierers, Kollegen

Albert Oppermann

mitzutellen. Durch Granatplitter in Kopf und Brust fiel er dem Weltkriege zum Opfer. Seine hingebende Tätigkeit für unsere Zahlstelle sichert ihm ein ehrendes Andenken.

Der Vorstand.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 27. 5. 1917 unser treuer Kollege und Mitarbeiter, der Buchbinder

Albert Oppermann.

Sein ruhiges und verträgliches Wesen wird uns lange in Erinnerung bleiben und werden wir ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Möge ihm die fremde Erde leicht sein!

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma **Georg Westermann, Braunschweig.**

Ehren-Tafel

für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:

Johann Dorn, geb. 11. 8. 1892 in Großgörschlag, gestorben im Feldlazarett am 21. 9. 1916. Mitglied in Nürnberg-Fürth.

Julius Beißwanger, geb. 10. 6. 1895 in Gabelnberg, in französischer Gefangenschaft seinen Verwundungen erlegen am 30. 1. 1917. Mitglied in Stuttgart.

Fritz Kersting, geb. 5. 7. 1886 in Chemnitz, gefallen am 26. 3. 1917. Mitglied in Bremen.

Hugo Scheuerle, geb. 19. 12. 1890 in Cannstatt, gefallen im April 1917. Mitglied in Stuttgart.

Paul Diegel, geb. 27. 6. 1887 in Eiferburg i. B., gestorben am 14. 4. 1917. Mitglied in Plauen i. B.

Leopold Szenninger, geb. 15. 11. 1891 in Ritzlarfen, an seinen Wunden gestorben am 16. 4. 1917. Mitglied in Kiel.

Theodor Pardun, geb. 25. 4. 1881 in Münster i. B., gefallen am 17. 4. 1917. Mitglied in München.

Karl Stöcker, geb. 13. 11. 1884 in Rastatt, gestorben im Lazarett am 21. 4. 1917. Mitglied im Gau 14/15.

Louis Leonhardt, geb. 30. 9. 1875 in Hamburg, gefallen am 27. 4. 1917. Mitglied in Hamburg-Altona.

Christoph Bod, geb. 8. 9. 1888 in Kiel, infolge schwerer Verwundung im Feldlazarett gestorben am 30. 4. 1917. Mitglied in Kiel.

Hermann Schneider, geb. 2. 8. 1887 in Niederlobrich, gefallen im Mai 1917. Mitglied in Potsdam.

Joseph Spedert, geb. 9. 8. 1887 in Malsch, gefallen am 8. Mai 1917. Mitglied in Neutlingen.

Albert Thumm, geb. 9. 9. 1898 in Kaufbeuren, seinen Verwundungen erlegen am 18. 5. 1917. Mitglied in Kaufbeuren.

Albert Oppermann, geb. 13. 1. 1876 in Braunschweig, gefallen am 27. 5. 1917. Mitglied in Braunschweig.

Fritz Lepper, geb. 7. 8. 1886 in Bielefeld, gefallen im Mai 1917. Mitglied in Bielefeld.

Ewald Strothmann, geb. 3. 2. 1889 in Quelle bei Bielefeld, gefallen im Mai 1917. Mitglied in Bielefeld.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!